

# Übersichten

August 2001

---



---

## Außenpolitik

---



---

### 1 Kriegsspiele gegen Separatismus

Die Mitte des Jahres war geprägt von zwei groß angelegten Militärmanövern. So unterschiedlich diese auch ausfielen, so fanden sie ihren gemeinsamen Nenner doch darin, dass es sich in beiden Fällen um aus Beijinger Sicht deutliche Warnungen gegen jegliche separatistische Aktivitäten handelte. Bei dem Manöver der Militärregion Fuzhou handelte es sich offensichtlich um eine Erneuerung der Drohung an Taiwan, China werde eine Wiedervereinigung notfalls auch mit militärischer Gewalt erzwingen. Allerdings hielt sich die Wirkung trotz des Einsatzes von ca. 100.000 Mann, womit das Manöver zur größten jemals in der VR China durchgeführten Militärübung wurde, in engen Grenzen. Selbst am taiwanesischen Aktienmarkt, der vor einigen Jahren in einer vergleichbaren Situation noch eine deutliche Talfahrt erlebt hatte, schlugen sich die Kriegsspiele an der gegenüberliegenden chinesischen Küste kaum nieder.

Auch auf das zweite Manöver, das Mitte August in der Autonomen Region der Uiguren Xinjiang durchgeführt wurde, sind Superlative anwendbar. In der trotz massiver Ansiedlung von Han-Chinesen während der vergangenen 50 Jahre seit der Gründung der VR China mehrheitlich von moslemischen Angehörigen zentralasiatischer Turkvölker besiedelten Westregion kamen in einem der größten Manöver in diesem Gebiet Chinas 50.000 Mann in umfangreichen Übungen mit scharfer Munition zum Einsatz. In Beijing hieß es, es handle sich bei diesem Manöver unter der Leitung der Militärregion Lanzhou und unter Beteiligung von Armee, bewaffneter Polizei und Miliz lediglich um Routineübungen. Entgegen sonstiger Gepflogenheiten wurde in der chinesischen Inlandspresse allerdings darüber nicht berichtet.

Die Annahme liegt daher nahe, dass es sich bei diesen Kriegsspielen in der rohstoffreichen Wüste Xinjians in erster Linie um ein deutliches Signal an all jene Kräfte der Region diesseits und jenseits der chinesischen Grenze handelte, die auf der Basis des Islam als transnationaler Ideologie von der Errichtung eines zentralasiatischen Turkstaates träumen. Seit geraumer Zeit ist zu beobachten, dass China seine Kräfte gegen die uighurischen Separatisten, die nach dem Zerfall der Sowjetunion einen Aufschwung erlebt hatten, konzentriert, in konzertierten Aktionen mit den zentralasiatischen Staaten gegen jegliche separatistische Bewegung vorzugehen. Hatten uighurische Aktivisten in den vergangenen Jahren zeitweilig sicheren Unterschlupf im benachbarten Kirgistan oder in Afghanistan gefunden, konnte China die unterentwickelten zentralasiatischen Nachbarstaaten mit einer Strategie der Ummarmung zunehmend an sich binden (vgl. C.a. 2001/06, Ü 1), da auch diese sich vermehrt den destabilisierenden Einflüssen islamischer Kräfte gegenüber sahen.

Mit großzügiger oder teils auch nur symbolischer Unterstützung auf militärischem und wirtschaftlichem Gebiet umwirbt Beijing die zentralasiatischen Regierungen. So erhält Kirgistans Armee demnächst im Rahmen eines Kooperationsabkommens beispielsweise Ausrüstung im Wert

von zunächst 60.000 US\$. Wichtiger ist jedoch die vereinbarte militärische Fortbildung, in deren Genuss ab Ende August die ersten sieben kirgisischen Offiziere in China kommen sollen.

Letztlich gewinnt die Region Zentralasien nicht nur aus strategischer Sicht und im Zusammenhang mit dem Schutz der territorialen Integrität Chinas zunehmend an Bedeutung. In erster Linie sind es die mineralischen Bodenschätze, Erdöl- und Erdgasvorkommen in der Region, die China sich im Hinblick auf das angestrebte weitere wirtschaftliche Wachstum und angesichts des damit verbundenen Energiehungers für die Zukunft sichern muss. (FT, 15.8.01; SCMP, 23.8.01; DGB, 10.8.01, nach FBIS, 16.8.01; *Wen Wei Po* online, 16.8.01, nach FBIS, 17.8.01; ITAR-TASS, 14.8.01, nach BBC PF, 15.8.01) -kg-

### 2 Erste „NRO“ für Abrüstung gegründet

Mit einer feierlichen Zeremonie unter Teilnahme von Vize-Premier Qian Qichen, Chi Haotian, dem stellvertretenden Vorsitzenden der Zentralen Militärkommission, dem stellvertretenden Leiter der Politischen Konsultativkonferenz Zhu Guangya sowie weiterer stellvertretender politischer Leitungspersonlichkeiten wurde am 21. August 2001 in der Großen Halle des Volkes die erste chinesische Nichtregierungsorganisation für Abrüstung gegründet. In der China Arms Control and Disarmament Association (CACDA) sind führende chinesische Institutionen und Persönlichkeiten im Ruhestand aus Wissenschaft, Politik und Militär vereint. Darunter befinden sich das Institut für Internationale Studien, das Institut für Internationale Beziehungen der Gegenwart, das Institut für Internationale Strategische Studien und dergleichen mehr. Erster Präsident der Vereinigung wurde mit Li Daoyu ein ehemaliger chinesischer Botschafter in den Vereinigten Staaten von Amerika.

In einer Rede machte Qian Qichen klar, welchem Zweck die neue Nichtregierungsorganisation dienen solle. Sie solle als *think tank* eine wichtige Vermittlerrolle zwischen Regierung und Forschungsinstituten spielen, Forschungsprojekte im Bereich der Rüs-

tungskontrolle und Abrüstung planen und ausführen sowie den internationalen Austausch zwischen chinesischen und ausländischen Forschungsinstituten in diesem Bereich organisieren.

Nicht erst auf dem Feld der Abrüstung hat die chinesische Regierung die Bedeutung der Nichtregierungsorganisationen für ihre eigenen Zwecke in der internationalen Politik entdeckt. Qian Qichen ließ daran letztlich auch keinen Zweifel, als er ausführte, „NROs hätten in der ganzen Welt eine rasante Entwicklung durchlaufen und spielten auf der internationalen Bühne heute eine wichtige Rolle auf kulturellem, gesellschaftlichem, wirtschaftlichem, politischem und militärischem Gebiet. Sie würden zu einer Stimme, die niemand sich mehr erlauben könne zu überhören“. Im Bereich der Rüstungskontrolle und der Abrüstung hätten sich NROs bereits lange profiliert, so Qian weiter. Sie hätten entscheidenden Einfluss auf die Formulierung und Umsetzung von Politik genommen.

Dieser Erkenntnis folgend sieht Qian für China die Rolle der neugegründeten CACDA explizit darin, „die Initiative für die Bewahrung des guten internationalen Images des Landes zu ergreifen“. Damit handelt es sich bei dieser NRO selbstverständlich keineswegs um eine von der Regierung unabhängige Kraft. Vielmehr stellt sie wie auch andere bereits bestehende so genannte NROs auf anderem Gebiet einen wichtigen Teil der nach dem Gedanken der Einheitsfront organisierten und auf mehreren Pfeilern ruhenden chinesischen Außenpolitik. Mit vereinter Stoßrichtung wirken die verschiedenen Akteure vom Außenministerium (regierungsamtliche Außenpolitik) über den Nationalen Volkskongress (interparlamentarische Beziehungen), die Partei (Parteidiplomatie) bis hin zu Nichtregierungsorganisationen politischen und unpolitischen Charakters zusammen. (XNA, 22.8.01; Xinhua, 21.8.01, nach BBC PF, 22.8.01) -kg-

### 3 Russisch-chinesische Freundschaft wird mit „Leben“ erfüllt

Kaum ist die Tinte unter dem russisch-chinesischen Freundschaftsvertrag trocken (vgl. C.a., 2001/07, Ü 1), da sah sich die russische Seite Anfang August auch schon mit chinesischen Forderungen auf dessen Basis konfrontiert. Offensichtlich unter Rückgriff auf einen Passus in dem Vertragswerk, dass jedem Vertragspartner die Zulassung von Organisationen und Gruppen auf dem eigenen Territorium verbietet, von denen eine Gefährdung von Souveränität, Sicherheit oder territorialer Integrität des jeweils anderen Vertragspartner ausgeht, wandte sich die chinesische Botschaft in Moskau an die russische Regierung. In dem Brief des chinesischen Militäratachés an das russische Innenministerium forderte China das Verbot einer geplanten Pressekonferenz von Anhängern der Meditationslehre Falun Gong in Moskau. Bereits Anfang Juli hatte der chinesische Botschafter in Russland die russische Regierung vor einer Infiltration durch Falun Gong gewarnt.

Auch auf anderem Gebiet deuten sich bereits erste konkrete Ergebnisse einer engeren Zusammenarbeit an. So geht man davon aus, das Zhu Rongji seine Reise nach Russland im September dieses Jahres auch dazu nutzen wird, ein Dokument über die gemeinsame Errichtung einer Öl-Pipeline zu unterzeichnen, durch die ab 2005 russisches Öl aus der Region Irkutsk nach China fließen soll.

Hinsichtlich der ebenfalls geplanten mehr als 4.000 km langen Erdgas-Pipeline, über die sowohl Xinjiang im äußersten Westen Chinas als auch die östlichen Provinzen versorgt werden sollen, war es bereits Ende Juli zu einem entsprechendem Memorandum zwischen der russischen Gazprom und der chinesischen PetroChina gekommen. Inzwischen wurde jedoch bekannt, dass mit weiteren langwierigen Verhandlungen zu rechnen ist. Insbesondere die astronomische Investitionssumme von geschätzten 14 Mrd. US\$ und die offensichtlich erwarteten erheblichen Profite riefen bereits internationale Investoren auf den Plan. Die malaysische Petroliam und die japanische Nissho Iwai sind bereits in das

Projekt involviert. Neu hinzugekommen sind mit Shell und BP nun auch zwei der ganz großen multinationalen Ölkonzerne. (ITAR-TASS, 11.8.01, nach FBIS, 14.8.01; Interfax, 30.8.01, nach FBIS, 31.8.01; *Iswestja*, 7.8.01, nach BBC PF, 9.8.01) -kg-

### 4 Indien als „strategischer Partner“ gegen China

Indien und die Vereinigten Staaten von Amerika haben offensichtlich ihre Zuneigung füreinander und ihre gemeinsame Abneigung gegen China entdeckt. Während die Regierung Clinton Indien im Anschluss an die Kernwaffentests von 1998 noch mit Sanktionen belegt hatte, lautete das Ergebnis einer Neubewertung des amerikanischen Verhältnisses zu Indien durch die Regierung Bush nunmehr, dass die USA eine strategische Partnerschaft mit dem südasiatischen Land für wünschenswert erachten.

Folgerichtig plant die amerikanische Regierung die Aufhebung aller Sanktionen, um eine uneingeschränkte militärische Zusammenarbeit zu ermöglichen. Es handelt sich hierbei jedoch keineswegs um eine Kehrtwende gegenüber der amerikanischen Vorgängerregierung, da bereits unter Clinton Schritt für Schritt diverse Sanktionen aufgehoben worden waren und Indien als Gegengewicht zu China in Asien erkannt worden war. Auch hatte Indien seinen guten Willen bewiesen, indem es als eines der ganz wenigen Länder die Washingtoner Pläne für eine Nationale Raketenabwehr nicht ablehnte.

Offiziell dienen Annäherung und Zusammenarbeit dem Schutz der gemeinsamen Sicherheitsinteressen in Asien. Betont wird hierbei in der Regel der Schutz der wichtigen Schifffahrtswege durch den Indischen Ozean, über die immer mehr Öl aus der Region des Persischen Golfs transportiert wird. Auch die Bekämpfung des Piratenunwesens wird genannt. Inoffiziell ist man sich jedoch darüber einig, dass der potenzielle Gegner beider Staaten China heißt. Der Argwohn der Regierungen der „beiden größten Demokratien“ der Welt gilt hier dem künftigen Verhalten einer weiter erstarkenden VR China, die als

tendenziell expansiv und hegemonial antizipiert wird.

Die Rivalität zwischen China und Indien findet in Asien auf verschiedenen Bühnen statt. Hatte China versucht, Indien als „nicht zur Region gehörenden Staat“ aus der ASEAN fernzuhalten, so musste es letztlich doch mit ansehen, dass Indien sowohl zum ASEAN-Dialogpartner als auch zum Mitglied im ASEAN Regional Forum aufstieg. Andererseits ist die VR China seit geraumer Zeit um Aufnahme in mehrere Regionalforen bemüht, die bislang von Indien dominiert werden. Zum einen ist da die South Asian Association for Regional Co-operation (SAARC), zu deren Mitgliedern neben Indien auch Pakistan, Sri Lanka, Bangladesch, Nepal, Bhutan und die Malediven gehören. Nachdem diese Regionalorganisation nach der Machtübernahme des Militärs in Pakistan im Oktober 1999 auf Eis gelegen hatte, signalisierte China nunmehr für die Wiederaufnahme des Dialogs zwischen den Mitgliederstaaten Interesse an einer Assoziierung bzw. an einem Status als Beobachter oder Dialogpartner. Während des ASEAN-Gipfels in Hanoi im letzten Monat soll es zu einem direkten Vorstoß Chinas in Richtung Indiens bezüglich einer engeren Anbindung Beijings an die SAARC gekommen sein. Immerhin hegt China bereits seit 15 Jahren Ambitionen in dieser Richtung.

Auch an einer Assoziation mit der erst vor Jahresfrist gegründeten Mekong-Ganga Co-operation (MGC) zeigt sich Beijing sehr interessiert. Die Gründe für die chinesischen Ambitionen in Richtung dieser Staatengruppe unter Beteiligung Myanmars, Thailands, Kambodschas, Laos und Vietnams ist sowohl strategischer als auch wirtschaftlicher Natur. Große Infrastrukturprojekte riefen bereits indische Unternehmen auf den Plan, und auch die chinesische Wirtschaft wünscht hier zu partizipieren. (DGB online, 14.8.01; nach FBIS, 15.8.01; SCMP, 7.8.01; FAZ, 25.8.01) -kg-

## 5 Reaktionen auf Koizumis Schrein-Besuch

Am 13. August – zwei Tage vor dem ursprünglich geplanten Datum – statete der japanische Ministerpräsident Koizumi dem Yasukuni-Schrein seinen bereits im Vorfeld heftig umstrittenen Besuch ab (vgl. C.a. 2001/07, Ü 4). In Japan hieß es, Koizumi habe den Schrein-Besuch aus Rücksicht auf nationale Interessen mit tiefem Bedauern vorverlegt. Er wäre besorgt gewesen, dass ein Besuch am 15. August im In- und Ausland Zweifel an Japans Verpflichtung für den Frieden hätte wecken können. Offen sprach er die japanische Kriegsverantwortung an: Japan habe als Folge einer fehlgeleiteten nationalen Politik in einer gewissen Zeit der Geschichte Nachbarstaaten durch Kolonialherrschaft und Aggressionen unermessliche Schmerzen und Leid zugefügt. Den Besuch des Yasukuni-Schreins rechtfertigte Koizumi wiederum damit, dass denjenigen, die im Glauben an die Zukunft des Landes im Krieg ihr Leben für Japan gelassen haben, Ehrerbietung zu erweisen sei, da sie in diesen schwierigen Zeiten zum Frieden und Wohlstand Japans beigetragen hätten. Im Gedenken daran habe er sein Gelübde für den Frieden jedes Jahr erneuert, womit er daran erinnerte, dass er den Schrein bereits in der Vergangenheit besucht hatte.

Das chinesische Außenministerium interpretierte den Besuch Koizumis als japanische Verweigerung jeglicher echter Auseinandersetzung mit seiner Geschichte. Der japanische Botschafter wurde einbestellt, die unveränderte chinesische Position unmissverständlich übermittelt. Die chinesische Nachrichtenagentur Xinhua erinnerte daran, dass die Visite „in Missachtung vehemente Opposition Südkoreas und Chinas“ erfolgt sei. In vielen Städten des Landes zogen Schüler und Studenten auf die Straßen, um zu protestieren. Doch im Vergleich zur Situation in Südkorea fielen die Proteste in China insgesamt gemäßigter aus. Einige Politologen gehen davon aus, dass China zwar seiner Besorgnis über einen sich ausbreitenden Nationalismus in Japan offen Ausdruck verleihen und auch aus seinem Protest gegenüber dem Schreinbesuch Koizumis keinen Hehl machen wollte. Allerdings

sei der chinesischen Regierung nicht daran gelegen, dass die Yasukuni-Debatte das bilaterale Verhältnis zu Japan – insbesondere in wirtschaftlicher Hinsicht – maßgeblich belaste.

In dieses Bild passen auch die Äußerungen von chinesischen Hochschulprofessoren in dem bekannten politischen Internet-Diskussionsforum „Strong Country BBS“ der *Volkszeitung*. Im Gegensatz zu den chinesischen Medien, in denen in teils drastischer Wortwahl ausschließlich von Empörung und verletzten Gefühlen die Rede war, waren die Äußerungen in diesem Internet-Forum, das unmittelbar nach Koizumis Pilgergang eine spezielle Expertengesprächsrunde zum Thema eingerichtet hatte, weitaus differenzierter.

So machte z.B. Zhu Jianrong, der an einer japanischen Universität lehrt und zugleich Kolumnen für die japanische Ausgabe der *People's Daily* schreibt, darauf aufmerksam, dass jemand, der rechts von der Mitte steht, noch lange kein Rechtsradikaler sein müsse. Zudem spielten zwar konservative Kräfte in Japan eine wichtige Rolle, nicht jedoch die Rechtsradikalen, die, anders als in Westeuropa, nicht einmal die Kraft zur Bildung einer eigenen Partei aufbrächten. Unter den Intellektuellen gebe es heute kaum einen, der für „Ausländer raus“-Parolen stehe oder den Traum vom imperialen Japan weiterträume. Wang Xinsheng, Historiker an der Beijing Universität, und Ma Junwu, Mitglied des Instituts für Internationale Beziehungen, gaben gar zu verstehen, dass sie die offizielle Regierungsmeinung ganz und gar nicht teilten: Koizumis Erklärung sei durchaus positiv zu werten. Seine Äußerungen zur Kriegsschuld Japans seien glaubwürdig. Schließlich müsse man von einem Erfolg der chinesischen Diplomatie sprechen, da Koizumi nicht am 15. August, sondern schon zwei Tage zuvor den Schrein besucht habe.

Koizumi selbst betonte angesichts der heftigen Reaktionen Chinas und auch Südkoreas, er wolle, sofern es die Umstände zuließen, so schnell wie möglich die Führer Chinas und Südkoreas von Angesicht zu Angesicht treffen, um in einen Gedankenaustausch über Frieden und Entwicklung in der asiatisch-pazifischen Region einzutreten.

ten. Auch müsse endlich eine politische Lösung für das Yasukuni-Dilemma gefunden werden. Die Aussichten für derartige Gespräche sind derzeit jedoch nicht besonders günstig. Aus dem chinesischen Außenministerium war vielmehr zu hören, Koizumi habe bislang keinerlei positive Signale für eine Verbesserung der durch sein eigenes Verhalten belasteten Beziehungen zu China nach dem Schrein-Besuch gegeben. Man verwies hier vielmehr auf ein Versprechen der Regierung Nakasone aus dem Jahr 1985, in dem von einer Abkehr von solchen offiziellen Besuchen im Yasukuni-Schrein die Rede war. (FAZ, 14.8., 20.8.01; XNA, 14.8., 15.8., 16.8., 24.8., 1.9.01; *Japan Times*, 15.8., 17.8.01; IHT, 15.8.01; SCMP, 15.8.01; AFP, 15.8.01; CNN, 16.8.01; Kyodo News Service, 28.8.01, nach BBC PF, 29.8.01) -kg/I. Wiczorek-

## 6 China im internationalen Kampf gegen Drogen

Die chinesische Regierung will nach eigenem Bekunden eine aktivere Rolle im internationalen Kampf gegen Produktion, Schmuggel und Vermarktung von illegalen Drogen spielen. Diese Stärkung der internationalen Aktivitäten sind dabei in erster Linie auf die südlichen Nachbarstaaten Laos, Myanmar und Thailand gerichtet. Nach chinesischer Darstellung geht es dabei offiziell primär um die Unterbindung der internationalen Verbreitung der Drogen. Was letztlich dahinter steht, ist das wachsende Drogenproblem in den chinesischen Provinzen.

Neben den städtischen Zentren sind es seit Jahren bereits die südlichen Provinzen Yunnan und Guangxi, die eine große Zahl von Drogenabhängigen und eine steigende Rate von Drogenkriminalität aufweisen. Als besorgniserregend wird die in Guangxi beobachtete Tendenz eingeschätzt, dass sich Drogenmissbrauch als ursprünglich städtisches Phänomen zunehmend auch in den ländlichen Regionen ausbreitet. Eine Zusammenarbeit mit den südlichen Nachbarstaaten des Goldenen Dreiecks ist in diesem Zusammenhang also als unabdingbar zu betrachten. So zitierte die englischsprachige chinesische Zeitung *China Daily* kürzlich

den Minister für Öffentliche Sicherheit, Jia Chunwang, mit der Aussage, 80% der nach China geschmuggelten illegalen Drogen kämen aus dem Goldenen Dreieck.

Zwar werden derzeit in China Erfolge in der internationalen Drogenbekämpfung nicht zuletzt mit der Publizierung von erfolgreichen Kooperationsbeispielen mit den USA und Russland gefeiert. Besonderes Gewicht misst man aber auch in China Programmen bei, die – finanziert von China und geleitet von chinesischen Agrartechnikern und Experten – dazu beitragen sollen, das Problem an der Wurzel zu packen. Allein die Provinz Yunnan soll bis heute insgesamt 36,6 Mio. US\$ in die Entwicklung alternativer Anbaukonzepte für ca. 25.000 ha im Norden Myanmars investiert haben, um den dort verbreiteten Opiumanbau einzuschränken. Nach chinesischer Aussage konnte die Menge an Opium, die im unmittelbaren Grenzgebiet zu China in Myanmar und in Laos produziert wird, bereits erheblich gemindert werden.

Insgesamt scheint sich der Bedarf für grenzüberschreitende Kooperation sowohl in der strafrechtlichen Bekämpfung der Drogenkriminalität als auch in der Bereitstellung von alternativen Einkommensquellen für Produzenten aus chinesischer Sicht eher noch zu vergrößern. Darauf deuten die im August des Jahres veröffentlichten Statistiken zum innerchinesischen Drogenproblem hin. Demnach wurden jeweils von Januar bis Juni 2001 6.201 kg Heroin, 1.927 kg Opium und rund 2.970 kg Ice beschlagnahmt, was einer Steigerungsrate gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres von 75,3%, 109,7% respektive 17% entspricht. Diese von der chinesischen Regierung als Beleg für die Erfolge in der Bekämpfung des Problems veröffentlichten Statistiken sind jedoch eher als Indiz für eine rasante Ausweitung des Drogenmissbrauchs in China zu interpretieren. Auch die beinahe 160.000 Straftaten im Zusammenhang mit illegalen Drogen, denen die Sicherheitsbehörden ebenfalls im ersten Halbjahr 2001 auf die Spur kamen, dürften nur die Spitze des Eisbergs widerspiegeln. Daher erscheint es nur folgerichtig, dass Ende August Fachminister aus Thailand, Myanmar und Laos in Beijing eine verstärkte Kooperati-

on vereinbarten. Dieses Thema wird auch die Zusammenarbeit in der Mekong-Region in den nächsten Jahren deutlich stärker prägen als dies bislang der Fall ist. (XNA, 28.8., 30.8.01; SCMP, 29.8.01; Xinhua, 26.8.01, nach BBC PF, 27.8.01) -kg-

## 7 35.000 US\$ sind nicht genug

Nachdem die chinesische Regierung den USA eine Rechnung von 1 Mio. US\$ für ihre Leistungen im Zusammenhang mit der auf Hainan notgelandeten US-Spionagemaschine aufgemacht hatten, fand bis Anfang August auf Seiten der amerikanischen Regierung eine „unabhängige Überprüfung“ dieser bereits im Vorfeld als völlig überzogen bewerteten chinesischen Forderung statt. Am 9. August trat Admiral Quigley als Sprecher des US-Verteidigungsministeriums an die Öffentlichkeit und bezifferte die Summe, die die USA China für seine Hilfestellung überweisen wollten, mit insgesamt 34.576 US\$. Man habe die chinesische Rechnung geprüft und den Positionen, die man als gerechtfertigt erachte, einen „fairen Gegenwert in US\$“ zugeordnet. Der Sprecher des Pentagons betonte zugleich, die nunmehr von den USA angebotene Summe sei das letzte Wort in dieser Sache und nicht verhandelbar. Im Übrigen sei die Summe bereits über diplomatische Kanäle auf dem Wege nach China.

Die Reaktion aus dem chinesischen Außenministerium erfolgte prompt und scharf am 12. August. Sprecherin Zhang Qiyue erklärte, ihre Regierung sei höchst unzufrieden mit der amerikanischen Entscheidung, die China weder in der Sache noch in der Form akzeptieren könne. Die USA sollten ihre falsche Haltung korrigieren und die Angemessenheit der rationalen Forderung der VR China anerkennen. Damit erfüllte sich die Prognose von China-Experten im Weißen Haus nicht, die zuvor die Meinung vertreten hatten, die chinesische Regierung werde die amerikanische Entscheidung akzeptieren und sich ruhig verhalten, um den erst kürzlich eingeschlagenen Weg einer Entspannung zwischen beiden Staaten im Vorfeld des Besuchs von US-Präsident Bush in China nicht mit neuen Hindernissen zu pflastern.

Die US-Seite reagierte auf die chinesische Kritik mit dem Wunsch nach neuerlichen Gesprächen. Daher wird angenommen, dass die Chinareise einer aus Vertretern verschiedener Ministerien zusammengesetzten US-Delegation zum Zwecke von Gesprächen über Proliferation auch zu Unterredungen in der Entschädigungsfrage im Zusammenhang mit der EP-3 genutzt wurden. Hauptthema der Gespräche Ende August in China war jedoch der von den USA behauptete Export von Raketenkomponenten nach Pakistan seitens der staatseigenen China National Machinery and Equipment Import and Export Corporation. In Washington wird in den von Beijing bestrittenen Lieferungen ein Verstoß Chinas gegen die im November 2000 selbst eingegangene Verpflichtung interpretiert, künftig keine raketenwaffentaugliche Technologie oder damit in Zusammenhang stehende Komponenten mehr zu exportieren. Über die Gespräche selbst wurde nichts bekannt. (SCMP, 10.8., 15.8.01; XNA, 12.8., 16.8.01; FAZ, 13.8.01; HB, 13.8.01; IHT, 11.8.01; NZZ, 11.8., 13.8.01) -kg-

## 8 Protest gegen erneute UN-Pläne Taiwans

Am 8. August machten sich zehn Staaten, die diplomatische Beziehungen zur Republik China auf Taiwan unterhalten, für eine erneute Mitgliedschaft Taiwans in der UNO stark. Sie beantragten die Aufnahme dieser Frage auf die Tagesordnung der 56. Sitzung der Vollversammlung der Vereinten Nationen. Begründet wurde dies mit dem Erfordernis einer „Untersuchung der außergewöhnlichen internationalen Lage der Republik China auf Taiwan sowie mit der Notwendigkeit, den 23 Mio. Einwohnern Taiwans das Recht auf uneingeschränkte Teilnahme an der Arbeit und den Aktivitäten der Vereinten Nationen zu garantieren“.

Die Reaktion der VR China entsprach den Erwartungen. Zhang Qiyue, Sprecherin des chinesischen Außenministeriums, artikuliert die Verärgerung und den entschiedenen Widerstand der chinesischen Regierung im Hinblick auf diesen Vorstoß einer „sehr geringen Zahl von Staaten“. Der offizielle Protest erfolgte in einem Schrei-

ben des chinesischen UNO-Gesandten Wang Yingfan an UN-Generalsekretär Kofi Annan. Zur Begründung führte China neben dem Vorwurf, ein solcher Vorstoß zeuge von offener Missachtung von Zweck und Prinzipien der UN-Charta, an, es handle sich um eine unhinnehmbare Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Volksrepublik China.

Die chinesische Regierung beruft sich in diesem Zusammenhang regelmäßig auf die vor 30 Jahren auf der 26. Sitzung der Vollversammlung der Vereinten Nationen angenommenen Resolution 2758, mit der der Alleinvertretungsanspruch der Volksrepublik China für ganz China Anerkennung fand. Zhang Qiyue erläuterte für das chinesische Außenministerium, das Generalkomitee der Vollversammlung habe seit 1993 jeden derartigen Vorstoß für eine Wiederaufnahme Taiwans in die UNO als gegenstandslos bewertet und entsprechende Anträge nicht auf die Tagesordnung gesetzt. Der chinesische UNO-Botschafter Wang fühlte sich in seinem Protestschreiben interessanterweise genötigt zu erklären, China lehne derartige Vorstöße von UNO-Mitgliedsstaaten zwar grundsätzlich ab, habe jedoch niemals irgendwelche Schritte zum Nachteil von Staaten unternommen, die derartige Anträge an die Vollversammlung gestellt hätten. (ZXS, 9.8.01, nach FBIS, 10.8.01; ZXS, 10.8.01, nach FBIS, 13.8.01; XNA, 10.8.01; CNAT, 13.8.01, nach BBC PF, 14.8.01) -kg-

---

## Innenpolitik

---

### 9 Informelle Klausurtagung der Parteiführung in Beidaihe – Kontroversen um Jiang Zemin's Rede zum 1. Juli

Ende Juli bis Mitte August traf die politische Führung zu einer informellen Klausurtagung in dem östlich von Beijing an der Küste der Provinz Hebei gelegenen Badeort Beidaihe zusammen. Wie in jedem Sommer wurden auch in diesem Jahr wichtige programmatische und personellen Fragen von den Spitzenvertretern aus Partei, Regierung und Armee sowie je nach

inhaltlicher Befassung dazugezogenen Angehörigen regionaler, ministerieller und parteipolitischer Behörden – zum Teil mehrere hundert Personen – diskutiert. Gewöhnlich werden die hier im inoffiziellen Rahmen getroffenen Entscheidungen und Absprachen auf der im Herbst anschließenden Plenartagung des Zentralkomitees der KPCh offiziell bestätigt. Im Vergleich zu den Vorjahren waren sich die Medien in Hongkong und außerhalb Chinas, die mangels offizieller Presseberichte über die Tagung auf Insider-Informationen und Spekulationen angewiesen sind, bezüglich der in diesem Jahr diskutierten Agenda weitgehend einig, wenn das Ausmaß der Kontroversen zu einzelnen Themen auch sehr unterschiedlich eingeschätzt wurde.

Beherrschendes Thema in Beidaihe war die Rede des Generalsekretärs der Partei Jiang Zemin zum achtzigsten Jahrestag der Gründung der KPCh am 1. Juli (vgl. C.a., 2001/7, Ü 9). Auf der Grundlage seiner Theorie der „Drei Repräsentationen“ („die KPCh repräsentiert die Entwicklungsbedürfnisse der fortschrittlichen Produktivkräfte, die Ausrichtung der fortschrittlichen Kultur und die fundamentalen Interessen der breiten Bevölkerung Chinas“) hatte dieser darin angekündigt, dass die Partei sich in Zukunft auch für Privatunternehmer öffnen werde, eine ideologische Innovation, die bereits im Vorfeld heftige Kontroversen hervorgerufen hatte (zu den konkreten Inhalten vgl. die Analyse in C.a., 2001/7, S.739-746). Als vorläufiger Höhepunkt der Kritik aus Parteikreisen kursierte Ende Juli in der Beijinger Führung und im Internet ein „10.000-Zeichen-Schreiben“ (*wanyanshu*), das von 15 hochrangigen Partei- und Armeemitgliedern im Ruhestand, darunter der linkskonservative Parteiveteran Deng Liqun, unterzeichnet war. In diesem offenen Brief wurde Jiang Zemin beschuldigt, mit seinem eigenmächtigen Vorstoß, der nicht durch einen entsprechenden Parteibeschluss abgesichert worden sei, gegen die Parteidisziplin verstoßen und zu einer ideologischen „Verwirrung“ innerhalb der Partei geführt zu haben. Wie zahlreiche Berichte nahe legen, wurden vor diesem Hintergrund in Beidaihe erhitzte Debatten darüber geführt, ob eine Aufnahme von Privatunternehmern in die Par-